pensieren und deshalb müssen Strafverfolgungsrisiken auf der Ebene des Strafverfahrensrechts bzw. im Rahmen der Kooperationsgestaltung adressiert werden.

Im Ergebnis handelt es sich um eine auch für Praktiker interessante Untersuchung, die jedoch ein Konzept zur angemessenen Umsetzung der berechtigten Erwartung schuldig bleibt, dass ärztliche Kooperationen nicht vorschnell in das Blickfeld der Strafverfolgungsbehörden geraten sollen.

Harald Wostry

<https://doi.org/10.1007/s00350-021-5998-4>

Rechtsfragen bei der Transplantation vaskularisierter komplexer Gewebe.

Von Sarah Baudis. (Nomos Universitätschriften – Recht, Bd. 982), Nomos Verlag, Baden-Baden 2021, 421 S., kart., €109,-.

In der Transplantationsmedizin werden auch in Deutschland zunehmend vaskularisierte Gewebekomplexe (englisch: vascularized composite allografts, VCA) transplantiert. Zu den VCA, die von verstorbenen Spendern stammen, zählen u. a. Gesichter sowie Gliedmaßen und Teile davon. Medizinisch besehen handelt es sich bei VCA um Körperteile, die einerseits mehr sind als ein einzelnes Gewebe, also ein Verband gleichartig differenzierter Zellen, die ähnliche strukturelle und funktionelle Eigenschaften aufweisen wie z. B. Augenhornhäute oder Herzklappen und die andererseits etwas anderes sind als ein Organ, also ein aus verschiedenen Geweben zusammengesetzter Teil des Körpers, der eine abgegrenzte Funktionseinheit darstellt wie z. B. das Herz oder die Leber. Doch was sind VCA in rechtlicher Sicht? Das Transplantationsrecht mit dem TPG und den einschlägigen AMG-Teilen kennen den Begriff „vaskularisierte Gewebekomplexe“ nicht. Hier finden sich nur Legaldefinitionen für Organe (§ 1a Nr. 1 TPG) und Gewebe (§ 1a Nr. 4 TPG), die aber beide zunächst nicht auf VCA zu passen scheinen, da man bezüglich der Einordnung von VCA als Organe die konkrete funktionelle Einheit hinterfragen kann bzw. bezüglich der Einordnung von VCA als Gewebe eventuell der Komplexität der VCA nicht gerecht wird. Es ist daher nicht wunderlich, dass in Anbetracht der medizinischen Bedeutung der VCA und den kontrovers diskutierten medizinethischen und rechtlichen Fragen der Transplantationsmedizin die rechtliche Handhabung der VCA streitig diskutiert wird. Die rechtliche Einordnung ist – neben der Rechtssicherheit für die beteiligten Personen – deshalb von Bedeutung, weil sich die Vorgaben für die Transplantation von Geweben von denen für Organe unterscheiden. Das geht darauf zurück, dass für die Organtransplantation das Transplantationsgesetz den Rechtsrahmen setzt, für Gewebe jedoch findet ggf. auch das AMG Anwendung (vgl. §§ 4 Abs. 30, 20b, c, d AMG).

Den rechtlichen Fragen der VCA hat sich Sarah Baudis in der von Heinrich Lang, Universität Greifswald, betreuten Dissertation nicht nur von der engeren Sinne transplantationsrechtlichen Seite angenommen, sondern die Thematik in einen gesamtrechtlichen Kontext eingekleidet. Die Untersuchungen von Baudis beginnen mit einer medizinischen Einführung und leiten in eine verfassungsrechtliche Betrachtung über, die sowohl die Perspektive des Spenders hinsichtlich des grundrechtlichen Rahmens zur selbstbestimmten Spendenentscheidung untersucht als auch die Perspektive des Empfängers hinsichtlich dessen selbstbestimmten Entscheidung, ein VCA auf sich transplantieren zu lassen. Im Anschluss bearbeitet Baudis die zentrale juristische und praxisbezogene Frage ihrer Untersuchung, namentlich die transplantationsrechtliche Klassifikation von VCA. Der ganzheitliche Untersuchungsansatz von Baudis wird schließlich dadurch untermauert, dass sie die rechtliche Handhabung von VCA auch in den sozialrechtlichen Finanzierungs- und Erstattungskontext einordnet.

Hinsichtlich der transplantationsrechtlichen Klassifikation der VCA kommt Baudis zu dem Ergebnis, das VCA vom Transplantationsrecht *de lege lata* als solche erfasst werden, wobei allerdings eine in mehrfacher Hinsicht rechtlich unangemessene Regulierung zu beobachten sei. Zunächst bemängelt Baudis, dass VCA rechtlich uneinheitlich behandelt werden. Das ginge darauf zurück, dass der Großteil der VCA rechtlich als Gewebe und nicht als Organ zu werten seien, da diese Gewebe-VCA entgegen der von § 1a Nr. 1 TPG geforderten Definition nicht den Voll-

zug physiologischer Funktionen als *eine* funktionale Einheit aufweisen, wobei Baudis durch systematische Auslegung im Vergleich zu § 1a Nr. 2 TPG und der physiologischen Bedeutung der dort genannten Organe den Begriff der „eine funktionale Einheit“ in § 1a Nr. 1 TPG so versteht, dass der betreffende Körperbestandteil von übergeordneter Bedeutung für das physische Körpersystem des Menschen sei. Die Funktionen eines solchen Körperbestandteils seien von übergreifender Natur und würden den Gesamtorganismus direkt betreffen und beeinflussen. Ein Funktionsausfall würde sich terminal auf den Gesamtorganismus auswirken. Während Herz, Lunge, Leber, Niere, Bauchspeicheldrüse und Darm diese übergeordnete Bedeutung – medizinisch und juristisch – zugesprochen wird, da deren Ausfall nicht durch eine andere Körperstruktur übernommen werden kann, fehle dem Großteil der VCA wie dem Gesicht, dem Penis oder den Händen nach diesem Funktionsverständnis diese medizinische und damit auch juristische Bedeutung. Zwar seien die Hände beispielsweise für die Nahrungsaufnahme von Bedeutung, im Verlustfall könne diese Funktion jedoch auch anderweitig bewerkstelligt werden, der Penis sei u. a. für die Harnsekretion notwendig, aber die Harnsekretion sei z. B. nach einer Amputation auch ohne Penis möglich. Hinsichtlich der VCA-Bewertung des Gesichts nicht als Organ, sondern als Gewebe kann Baudis dieses Argumentationsmuster aber nicht konsistent fortsetzen und wechselt, – allerdings ohne Begründung – das Begründungsmuster. Während Baudis den Rechtscharakter von Händen und Penis über die physische Tolerierbarkeit des Verlusts des gesamten Körperbestandteils anhand einer einzelnen von einer Vielzahl an Funktionen des betreffenden Körperbestandteils beurteilt, stellt sie bei der transplantationsrechtlichen Bewertung des Gesichts beispielhaft lediglich auf einen Bestandteil des VCA „Gesicht“, namentlich auf die Funktion der Augenlider ab, ohne auf die von ihr noch zuvor hervorgehobenen zahlreichen (ersetzbaren?) Funktionen des Gesichts als Ganzes zu sprechen zu kommen. Jedenfalls würde nach Baudis das Körpersystem auch ohne Augenlider funktionieren. Dass der dauernde Verlust der Lider zunächst aber einmal den Verlust des Sehsinns durch Austrocknen der Augen verursachen würde, wird nicht angesprochen. Im Übrigen hätte für eine einheitliche Argumentation an dieser Stelle gefragt werden müssen, ob bei Verlust des Gesichts als solchem die physische Integrität des Körpers aufrecht erhalten bleiben kann. Es mag ein Überleben ohne Hände (physisch) möglich sein, ein Überleben ohne Gesicht erscheint aber nicht vorstellbar. In der Systematik von Baudis ist lediglich der Uterus als VCA rechtlich als Organ zu behandeln, wobei hier zusätzlich untersucht wurde, inwieweit eine Lebendspende vertretbar ist. Der Uterus sei rechtlich deshalb Organ, weil er den Gesamtorganismus (direkt) beeinflusse. Allerdings liegt auch hier ein Wechsel des Begründungsmusters vor. Während Baudis in Bezug auf Hände, Extremitäten und Penis auf die Person abstellt, von der die betreffende Körperteile abstammen, stellt sie beim Uterus zumindest auch, wenn nicht sogar ausschließlich, auf das im Uterus heranwachsende Kind ab, da Baudis die von ihr postulierte rechtliche Organvoraussetzung, also die Bedeutung für den Gesamtorganismus, zwar als gegeben ansieht. Hinsichtlich des Uterus dürfte dies jedoch in erster Linie für den Nasciturus von Bedeutung sein.

In der rechtlichen Klassifikation der Mehrheit der VCA als Gewebe sieht Baudis ein Problem, da der dadurch einschlägige Regelungsrahmen zu unververtretbaren Ergebnissen führe. Dies hänge u. a. damit zusammen, dass Gewebespenden keinem gesetzlich ausgestaltetem Organisationssystem vergleichbar dem bei Organen mit einer Koordinierungsstelle unterworfen seien. Dies aber sei aufgrund der medizinischen Komplexität der VCA-Transplantation, die mehr der bei Organen als bei Geweben gleiche, angebracht. Dem könnte zunächst damit begegnet werden, VCA im Transplantationsrecht explizit als Organe zu definieren. Davon jedoch rät Baudis ab, weil u. a. mit dem gegenwärtigen § 3 Abs. 1 Nr. 1 TPG VCA entnommen werden dürften, selbst wenn dem Spender die Entnahmemöglichkeit nicht bekannt oder bewusst war. Um die von Baudis identifizierten Probleme zu lösen, schlägt sie stattdessen Änderungen für das Transplantationsrecht vor, wobei insbesondere ein eigenständiger, gesetzlicher VCA-Begriff eingeführt werden solle, an den sich transplantationsrechtlichen Vorschriften anschließen, die den VCA eigenen medizinischen und rechtlichen Anforderungen gerecht werden.

Die Arbeit von Baudis ist auch mit den argumentativen Wechseln ein informationelles Füllhorn zur rechtlichen VCA-Thematik. Angemerkt sei, dass das Werk von Baudis als Neuerscheinung aus dem Jahr 2021 auf den Markt kommt, ausweislich des Vorworts aber auf dem Stand für Rechtsprechung und Literatur des Jahres 2017 ist, weshalb z. B. eine weitere rechtswissenschaftliche Arbeit zu VCA von Philip Klusen unter der Betreuung von Hans Lilie aus dem Jahre 2018, wonach VCA Organe im Sinne des TPG seien, nicht berücksichtigt wurde.